



Veranstaltungshinweise

„Kinder als Marionetten“ – Wer zieht die Fäden?

14. November 2016, 19.30 Uhr, Gemeindesaal Gommiswald

[Einladung](#)

Lehrplan 21 – Was bedeutet er für das Gymnasium?

17. Nov. 2016, 17.30 Uhr, Aula Kantonsschule Zürich Nord

[Einladung](#)

"Schule gestalten im Geiste Pestalozzis"

Hat das Wertvolle noch Platz im Lehrplan 21? Mit: Arthur Brühlmeier

Infoveranstaltung Sa 19. Nov 2016 10.00 - 12.30 Uhr

Restaurant „Spöde“, Sportzentrum Wallisellen, Zielackerstrasse 26, Wallisellen

[Einladung](#)

«ALPHABET» – FILM UND GESPRÄCH

[weiterlesen](#)

2.12.2016, PHILOSOPHICUM IM ACKERMANNSHOF BASEL

«KOMPETENZ – EIN TROJANISCHES PFERD»

[weiterlesen](#)

3.12.2016, PHILOSOPHICUM IM ACKERMANNSHOF BASEL

Thurgau / Abstimmung

NZZ, 11.11.2016

[Grossbaustelle Lehrplan 21](#)

1

Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule ohne Lehrplan 21

[Geschätzte Stimmbürgerin, geschätzter Stimmbürger – auf Sie kommt es an!](#)

2

Bote vom Untersee und Rhein, 11. November 2016

[Wieviel Reform braucht die Schule von morgen?](#)

3

Schaffhausen / Abstimmung

Schaffhauser Nachrichten, 12. November 2016

[Ein Tritt ans Schienbein der Bildungselite](#)

4

Schaffhauser Bock, 4.11.2016

[Schulstoff gibt zu reden](#)

5

Schwyz / Bundesgerichts

Communiqué des Initiativkomitees SZ, 8.11.2016

[Bedrängte Volkshoheit über die Schule](#)

6

Zürich / Newsletter / Fremdsprachen / Amstutz Hanspeter / Aebersold Peter

NZZ am Sonntag, 6. November 2016

[Ein Dorf verliert seine Schüler](#)

6

Newsletter Komitee «Lehrplan vors Volk» ZH, 13. 11. 2016

[Wesentliche oder trendige Pädagogik?](#)

7

Baselland / Gschwind Monika

srf Regionaljournal Basel, 9. November 2016

[Baselbieter Bildungsdirektorin will Lehrplan 21 später einführen](#)

8

Sponsoring

NZZ, 8.11.2016

[Firmen und Verbände drängen in die Schulzimmer](#)

9

NZZ, 11.11.2016

WAS LÄUFT FALSCH?

Grossbaustelle Lehrplan 21

von Felix Huwiler und Hedwig Schär

Die Volksschule ist in der Schweiz ein sozialer Brennpunkt erster Klasse. Entwicklungen in der Gesellschaft werden hier besonders drastisch sichtbar und verlangen nach pädagogischen Antworten. Heute befindet sich die Volksschule mehr denn je in einem Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen, die bis in die Schulhäuser getragen und dort auch ausgefochten werden. Dabei ist klar: Eine gute Schule mit Blick in die Zukunft macht nur dann wirklich Schule, wenn sie einen langen Atem hat und Wissen für eine offene Zukunft bereitstellen und vermitteln kann. Dafür ist ein positives Menschenbild Voraussetzung. Dieses entspricht unserem demokratischen System und ist in der Verfassung verankert, wo es um Chancengerechtigkeit geht. Eine funktionierende Schule muss die Lernenden über persönliche Lehr- und Lernbeziehungen zu selbständigem Denken und Handeln führen, was die Grundlage echter Handlungskompetenz ist, die für die Praxis etwas taugt.

Der Lehrplan 21, über den in den Kantonen heute abgestimmt wird, hat wenig mit solider und breiter Bildung zu tun, wie wir sie im Schweizer Bildungssystem seit Jahren kennen und in der Bevölkerung schätzen. Unter dem Deckmantel einer intransparenten Schulreform, die sich auf die Auflagen von Harmos stützt und die keiner durchschaut, erfolgt mit dem Lehrplan 21 ein systematischer Abbau der Bildung und des Wissens bei den Schülerinnen und Schülern in den Klassenzimmern. Der Lehrplan 21 ist – und das ist bekannt – ein sehr teures und unreifes Experiment im Bildungsbereich, das politische und wirtschaftliche Anliegen in die Schule trägt, deren Wirkungen und Konsequenzen selbst bei Pädagogen nicht klar sind.

Es gilt, erst einmal ein Regelwerk mit rund 500 Seiten zu verdauen und die rund 1500 Kompetenzen mit dem eigenen Unterricht abzugleichen. An höchster kantonaler Stelle, die für die Umsetzung des Lehrplans 21 zuständig ist, heisst es zur Begründung des Lehrplans 21 oft, dass dieser Lehrplan den «Zeitgeist» wiedergebe und man ihn nun aus politischen Gründen umsetzen müsse. Seit wann sind soziale Prozesse Naturphänomene, die nicht bewusst gelenkt werden können?

Die Opfer solcher Versuche, die politisch motiviert sind und Millionen an Steuergeldern verschleudern, sind unsere Kinder und damit die kommende Generation, die nicht zum Lehrplan 21 befragt werden. Sie sind die Betroffenen, die für unverantwortliche Experimente im Bildungsbereich im späteren Berufsleben die gesalzene Rechnung bekommen werden. Hundertseitige Kompetenzraster, die ohne Wissen und Erkennen auskommen, werden keinen Stich haben.

Für und gegen den Lehrplan 21 wird derzeit mit harten Bandagen gekämpft. Die Befürworter haben längere Spiesse, weil sie über den Arm der Behörden bis in die Schulräume ihre Propaganda streuen können und das schulische Personal gezielt unter Druck setzen. Die freie Willensbildung, wie sie in der Bundesverfassung auch für das Schulgelände vorgesehen ist, wird unbemerkt mit Füßen getreten.

Oder gehört es bereits zum Zeitgeist, dass politische Kreise ihre intransparenten Interessen durchboxen können, ohne dabei die Bevölkerung anzuhören oder zu Wort kommen zu lassen? Der gegenwärtige Abstimmungskampf im Kanton Thurgau zum Lehrplan 21 spricht leider exakt für diese Beurteilung der Lage.

Warum in aller Welt darf unsere bewährte Schule sich nicht auf dem Boden weiterentwickeln, der so lange schon trägt? Warum muss sie unter unausgereiften Dauer-Schulversuchen in ihrer Substanz umgekrempelt werden? Mit Experimenten, welche viele Kinder, Eltern und Lehrer seit Jahren zur Verzweiflung bringen? Von oben werden uns untaugliche Reformen aufgezwungen. Wir haben es selber in der Hand zu entscheiden, ob wir das auch so wollen.

Felix Huwiler ist Unternehmer, Hedwig Schär ist Primarlehrerin; die Autoren sind in der IG für eine gute Thurgauer Volksschule engagiert.

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

http://www.gute-schule-tg.ch/gute-schule-tg.ch/Medien_files/NZZ%2011.11.2016,%20Grossbaustelle%20Lehrplan%2021.pdf

Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule ohne Lehrplan 21

Geschätzte Stimmbürgerin, geschätzter Stimmbürger – auf Sie kommt es an!

Die Qualität unserer Volksschule entscheidet massgeblich über Wohlstand und Zukunft unserer Schweiz. Eine für alle taugliche und gute Schulbildung ist unser einziger «Rohstoff». Während langer Jahre war das Schweizer Schulsystem weltweit angesehen und Modell für viele Länder. Jetzt soll nichts mehr recht sein. Tatsache ist, dass bereits seit rund 20 Jahren in der Schweiz fragwürdige Reformen durchgeführt werden. Verschiedene dieser Reformen, unter anderem das von Bildungsfunktionären aus den USA und Brüssel entwickelte internationale Pisa-Testsystem, waren keine echten Fortschritte für unserer Schweizer Volksschule. Die Einführung des Lehrplans 21 würde gerade die fragwürdigen und schädlichen Konzepte zementieren – Konzepte, die bereits heute verhindern, dass möglichst alle Kinder die Volksschule mit Erfolg abschliessen können und damit für ihren zukünftigen Lebensweg gut vorbereitet sind. Die im Lehrplan 21 festgeschriebenen Veränderungen setzen unsere Jugend umstrittenen Theorien und Experimenten aus. Deshalb braucht es in der Volksabstimmung Ende November ihr klares JA zur «Initiative für eine gute Volksschule»! Wir laden Sie ein, sich sorgfältig und umfassend zu informieren.

Das Wesen unserer Schweizer Volksschule: eine Schule fürs Volk!

Die Väter unserer modernen Schweizer Demokratie mit ihrer guten Schule für alle waren sich einig: in der Volksschule müssen die Grundlagen dafür gelegt werden, dass unsere Jugend für die Zukunft gerüstet ist: für einen befriedigenden Beruf, für das Mittun in unserer direkten Demokratie, für die Toleranz, die unter uns Mitbürgern herrschen soll.

Dieses Grundkonzept hat sich während mehr als hundert Jahren bewährt. Darauf beruht unser duales Bildungssystem mit der weltweit angesehenen Berufslehre und den organischen Anschlüssen an die weiterführenden höheren Berufsschulen, Fachhochschulen und Hochschulen. Die Grundziele unserer Volksschule sind im kantonalen Volksschulgesetz verankert. Die Umsetzung dieser Grundziele beruhten bisher auf Jahrgangsklassen, klar definierten und erreichbaren Fachzielen und auf Lehrkräften mit soliden pädagogischen und didaktischen Kenntnissen. Mit dem Lehrplan 21 soll dieses bewährte Fundament schweizweit als «veraltet» entsorgt und durch Konzepte ersetzt werden, die sich in anderen Ländern bereits seit Jahren als untauglich erwiesen haben.

Der Lehrplan 21 führt zu einer seelenlosen Schule

Obwohl es Schönfärber nicht wahrhaben wollen oder verheimlichen: Der Lehrplan 21 schafft nicht nur eine schlechtere Schule, sondern vor allem eine seelenlose. Dies durch Einführung von pädagogisch unsinnigen Praktiken: Keine Jahrgangsziele, Einführung einer Vielzahl schwammig formulierter «Kompetenzen», Vereinzelung der Kinder beim Lernen und damit die weitgehende Auflösung des Klassenunterrichts sowie die Veränderung der Lehrerrolle. Lehrerinnen und Lehrer sollen nicht mehr vor versammelter und aufmerksamer Klasse Stoff vermitteln und dadurch Mut machen oder Begeisterung wecken. Sie werden zum «Coach» degradiert, der Arbeitsblätter verteilt, Schüler bei Fragen auf Theorieblätter oder auf den Computer verweist und die Lernprozesse evaluiert. Das gemeinsame Lernen im Klassenverband, wo auch ein «falscher» oder nur halbrichtiger Schülerbeitrag wertvoll ist, weil er alle weiterbringt, wird als veraltet hingestellt. Wo bleiben da menschliche Anteilnahme, Ermutigung und Hilfestellung bei Schwierigkeiten? Wo bleibt das fürs Lernen so wichtige optimistische Lernklima? Wo sollen unsere Kinder – die künftige staats- und wirtschaftstragende Generation –, Solidarität, Toleranz und Friedensfähigkeit einüben, wenn es keine Jahrgangsklassen und kaum mehr geführte Klassengespräche gibt?

Warum Bewährtes kippen?

Warum in aller Welt darf unsere bewährte Schule sich nicht auf dem Boden weiterentwickeln, der so lange schon trägt? Warum muss sie unter unausgereiften Dauer-Schulversuchen in ihrer Substanz umgekrempelt werden? Mit Experimenten, welche viele Kinder, Eltern und Lehrer seit Jahren zur Verzweiflung bringen? Von oben werden uns untaugliche «Reformen» aufgezwungen.

Was die Initiative «Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule» will

Unsere Initiative will der grenzenlosen Reformitis, die unsere Schule im Endeffekt nicht verbessert, klare Grenzen setzen. Sie verlangt, dass an konkreten und verbindlichen Jahrgangs-Lernzielen festgehalten wird. Eltern, Lehrpersonen und Lehrmeister können sich daran orientieren. Für Lehrpersonen muss es weiter Ziel bleiben, die Kinder in allen Fächern auf ein vergleichbares Niveau zu bringen. Für ein erfolgreiches Berufs- und Privatleben braucht es grundlegende Kenntnisse im Rechnen, Lesen und Schreiben sowie eine solide Arbeitshaltung. Unsere Initiative fordert, dass Lehrpläne vom Grossen Rat genehmigt werden und dadurch dem fakultativen Referendum unterstehen.

Argumente

News

Bote vom Untersee und Rhein, 11. November 2016 **Wieviel Reform braucht die Schule von morgen?**

Bote vom Untersee und Rhein ■ Freitag, 11. November 2016

■ Region Untersee

Wieviel Reform braucht die Schule von morgen?

Zwei Kantonsräte aus Ermatingen, Reto Lagler (CVP) und Peter Dransfeld (SP), im Gespräch mit dem «Bote»

(kü) Nur wenige Kantonsräte unterstützen die Initiative «Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule – ohne Lehrplan 21». Zwei von ihnen wohnen am Untersee: Die Ermatinger Reto Lagler (CVP) und Peter Dransfeld (SP) sind zudem Mitverfasser der Interpellation «Lehrerberuf zwischen Traum und Pflichterfüllung», deren Diskussion der Grosse Rat mit deutlicher Mehrheit abgelehnt hat.

Werden Kinder sich selbst überlassen? Wieviel Reform braucht die Schule von morgen? Wer soll dabei mitreden? Im Gespräch mit dem «Bote vom Untersee und Rhein» antworten Reto Lagler und Peter Dransfeld zu Fragen, die mit Blick auf die Abstimmung vom 27. November die Gemüter bewegen.

Wo sehen Sie die Unsicherheiten im Lehrplan 21?

Dransfeld: Der neue Lehrplan enthält viel Sinnvolles, namentlich das Eingehen auf das moderne Leben. Gleichzeitig ist er in vielem fern der Realität, so dass eine schlanke, pragmatische, verständliche und breit akzeptierte Überarbeitung Sinn macht.

Lagler: Ursprünglicher Auftrag war es, Dauer und Ziele der Bildungsstufen mit einem gemeinsamen Lehrplan für die Volksschule zu harmonisieren. Abgeliefert wurde eine Schulreform, die völlig unnötig ein untaugliches pädagogisches Reformprojekt im Lehrplan verankert, das den Herausforderungen der Schule nicht gerecht wird und vor allem bei Schülern und Eltern Verlierer produziert. Wegen des unkoordinierten Sprachkonzepts und fehlender Jahresziele scheitert dabei nicht zuletzt die angestrebte sinnvolle Harmonisierung. Mit den drei- bis vierjährigen Zyklen wird sogar ein Schulwechsel innerhalb des Kantons schwierig.

Wo sehen Sie die grössten Probleme?

Dransfeld: Die Annahmen, die Bildung sei neu zu erfinden, Kinder seien selbstreflektierend und Lehrer müssten eng geführt werden, sind ebenso unverständlich wie langfristige Formulierungen mit der Aura einer Geheimwissenschaft, die keinen Widerspruch duldet. Lagler: Der Lehrplan schreibt ein pädagogisches Konzept fest, das Kinder vermehrt selbstorganisiert und individualisiert lernen lässt. Dabei sind viele Eltern schon heute am Anschlag mit Stoffnacharbeiten zu Hause. Dieser Lehrplan lehnt sich an gescheiterte Konzepte aus den USA und Grossbritannien sowie Standards der OECD an. Ob solche Rezepte unserem einzigartigen dualen Bildungssystem gerecht werden, bleibt zu bezweifeln. Zudem wird unsere politische Tradition verletzt, wichtige gesellschaftliche Entscheide breit zu diskutieren und abzustützen.

Statt in Lehrplänen wird der Schulstoff neu in Kompetenzen gebündelt. Wird die Lehrkraft so zum Lerncoach?

Dransfeld: Dass nur noch begleitet wird, wo ein Kind selbstständig ist, das macht Sinn. Dieser Lehrplan erkennt aber die zentrale Bedeutung der Lehrperson, die das Kind achtet, fördert und fordert, sondern hier funktioniert die Lehrperson dann nur noch als Lernbegleiter, als Lerncoach.

Aus meiner Sicht eine totale Überforderung der meisten Schüler und Lehrpersonen.



Reto Lagler (l.) und Peter Dransfeld: Beide haben an der ETH Zürich studiert und befassen sich auch beruflich mit Bildungsfragen. Reto Lagler ist Verantwortlicher für Erwachsenenbildung und Schulbehördenmitglied, Peter Dransfeld ist Inhaber eines grösseren Architekturbüros und Verwaltungsrat des EKT.

Lagler: Der Kompetenzbegriff im LP21 entspringt einem pädagogischen Modekonzept, das unterstellt, wir hätten bisher nur Wissen gebüffelt. Es geht davon aus, dass es keine Wahrheit gibt und Schülerinnen und Schüler sich in eigener Verantwortung ihre eigene Wahrheit, ihre Lerninhalte, ihr Lerntempo konstruieren sollen. Die Lehrperson schafft Lernumgebungen und begleitet. Ein Ansatz, der für Hochbegabte vielleicht interessant ist, alle anderen aber überfordert. Deshalb lehnen viele Kinderärzte den Lehrplan ab. Hinzu kommt eine Tendenz für den Test zu lernen. Trotz vieler Daten wissen Eltern und Lehrbetriebe immer weniger verlässlich, was ein Schüler wirklich kann.

Was erwarten Sie durch die Volksinitiative «für eine gute Volksschule» für den Kanton Thurgau und speziell für den Untersee?

Dransfeld: Wir haben die Chance eines Unterrichts mit Herz und Verstand, der Bewährtes bewahrt, Neues erprobt und junge Menschen aufs Leben vorbereitet. Dies dank einem entschlackten Lehrplan, den der Grosse Rat ebenso effizient verabschieden wird, wie er innert weniger Stunden ein Budget von 2 Milliarden Franken genehmigt. Die Chance für den Untersee ist, dass man bei uns nicht gleich alles glaubt, was aus Frauenfeld kommt.

Lagler: An See und Rhein akzeptiert man nicht unüberlegt alles, was von kantonalen Amtsstuben verordnet wird. Mit einem Ja zur Initiative geht der Lehrplan zur Überarbeitung an die Experten zurück. Von seiner unseligen und unnötigen Reform entschlackt, soll er Ziele und Inhalte der Volksschule klar, verständlich und an die Welt von heute angepasst formulieren.

«Selbstentdeckend» oder «selbstgesteuert lernen», was wäre für Sie persönlich aus Erwachsenensicht ideal, wenn Sie noch zur Schule gingen?

Dransfeld: In sieben Schulen und drei Ländern habe ich als Kind Lehrer erlebt, die mich nahmen wie ich war, förderten, wo ich schwach war, begeisterten, wo ich müde war, laufen liessen, wo ich es konnte und führten, wo ich am schwimmen war, Persönlichkeiten, die sich nicht an Pläne hielten, für mich aber mit ihrem wachen Geist und inneren Feuer Vorbilder blieben.

Lagler: Am wohlsten war mir, wenn klar war, was zu lernen war. Mit zu vielen «organisatorischen» Freiheiten konnte ich in der Jugend nicht gut umgehen. Ein Privileg war es, auf dem Schulweg und in der Freizeit vieles entdeckend lernen zu können. Vielleicht wäre auch heute etwas weniger Schule etwas mehr: Raum und Zeit, Kind zu sein!

Der Lehrplan enthält keine Aufträge zur Vermittlung spezifischer Haltungen und Einstellungen. Hingegen gehört die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Haltungen und Einstellungen zum Auftrag der Schule. Wie beurteilen Sie dies?

Dransfeld: Die Schule soll unterschiedliche Haltungen vermitteln und Jugendliche anregen, ihre eigene Meinung zu bilden – nicht zwingend jene der Eltern oder Lehrer. Grundhaltungen wie die Achtung der Würde des Menschen sind dabei unumstösslich.

Lagler: Bei Erziehungs- und Haltungsfragen ist in erster Linie das Elternhaus gefordert. Für mich ein wichtiger Begriff ist Lebenstüchtigkeit: Mal eine schlechte Note nach Hause bringen – was soll's! Wenn man wieder aufsteht und die Arbeit sieht, dann kommt man durchs Leben!

Hier am See besuchen vor allem Kinder von deutschen Zuzüglern die Schulen in Konstanz. Fürchten Sie mit der Einführung des Lehrplans 21 eine weitere Abwanderung oder gibt es gar eine Zuwanderung?

Dransfeld: Auswärts zur Schule zu gehen, ist eine verpasste Chance für ein ständiges soziales Umfeld. Gute Schulen und gute Lehrer – gibt es aber beidseits der Grenze.

Lagler: Wenn Eltern ihre Kinder nach Konstanz in die Schule schicken und sie damit ungewollt sozial benachteiligen, dann oft aus Unverständnis für unser duales Bildungssystem, in welchem Berufslehre und Matura gleichermassen einen hohen Wert darstellen. Rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit, die meisten Nobelpreisträger und die meisten Lehrlings-Weltmeister pro Kopf sprechen nicht für noch mehr Umbau unseres Schulsystems nach untauglichen internationalen Standards.

Wie sehen Sie die schulische Zukunft?

Dransfeld: Wir könnten einen offenen Diskurs über Schulfragen angeregen und die Meinungsvielfalt fördern. Schütteln wir das Korsett fragwürdiger Bildungstheorien ab und sagen Ja zur Initiative und damit Ja zu einer fortschrittlichen Schule, der ein offener Geist mehr bedeutet als engstirnige Lehrsätze.

Lagler: Regierungsrätin Monika Knill sagt: «Der Lehrplan ist der Auftrag der Gesellschaft an die Volksschule!» Und genau dies möchte die Initiative sicherstellen. Ein Ja zur Initiative bietet die Chance, dass ein verbesserter und von der Gesellschaft gewünschter Lehrplan die Schule fit für die Zukunft macht.

Mehr zum Thurgau: <http://www.gute-schule-tg.ch/gute-schule-tg.ch/Willkommen.html>

Ein Tritt ans Schienbein der Bildungselite

VON ZENO GEISSELER

«Lehrpläne vors Volk»

SCHAFFHAUSEN In zwei Wochen stimmt Schaffhausen darüber ab, ob Lehrpläne künftig vom Kantonsrat und allenfalls vom Volk genehmigt werden müssen. Am Donnerstagabend haben die Befürworter der entsprechenden Initiative ihre Argumente vorgestellt.

Mariano Fioretti, SVP-Kantonsrat und Komitee-Präsident, argumentierte, dass es nicht angehe, dass über Lehrpläne hinter verschlossenen Türen entschieden werde. Bis heute ist es so, dass der Erziehungsrat, ein vom Kantonsrat gewähltes Expertengremium, das letzte Wort hat. «Das ist kein unabhängiges Fachgremium», sagte Fioretti, «die Mehrheit von ihnen steht auf der Lohnliste des Kantons und vertritt die Interessen ihres Arbeitgebers.»

Weiter sei es dem Volk durchaus zuzutrauen, auch über komplexe Sachgeschäfte abzustimmen. Dies habe das Budgetreferendum gezeigt. «Niemand hat das Budget zugestellt bekommen, und trotzdem haben die Stimmberechtigten einen weisen Entscheid getroffen. Das müsste den machthungrigen Bildungsfunktionären zu denken geben», sagte Fioretti. «Das Volk entscheidet weise, und davor fürchtet sich die selbst ernannte Bildungselite.»

Kritische Lehrerinnen

Zwei Lehrerinnen, Dorothe Hepfer und Annemarie Haller, kritisierten den Lehrplan 21. «Von oben diktiert, sollen alle Kantone ins gleiche Korsett gezwängt werden», sagte Hepfer. Dabei solle das Volk bei Bildungsfragen und Lehrplänen mitreden dürfen. Haller wiederum ist ein Dorn im Auge, dass der Lehrplan 21 so stark auf den Kompetenzbegriff abstellt. «Das bloss Erreichen von Kompetenzen hat mit echter Bildung wenig zu tun», sagte sie. Länder, die zu stark darauf abstellten, die Kompetenzen zu fördern, hätten letztlich ein tieferes Bildungsniveau.

Nicht zu vergessen bei der Debatte sind aber auch die Kosten. Dieser Ansicht ist Kantonsrat Marcel Montanari von den Jungfreisinnigen. «Die Einführung eines neuen Lehrplans kostet Millionen», sagte er. Wie teuer dieser Schritt tatsächlich sei, wisse man aber nicht. Die Bevölkerung werde darüber absichtlich im Dunkeln gelassen.

SVP-Kantonsrat Walter Hotz ergänzte, dass es wichtig sei, dass der Kantonsrat als erste Instanz über den Lehrplan befinden könne. «Der Kantonsrat kann Fehlentwicklungen korrigieren», sagte er. Und wenn es im Kantonsrat keine Vierfünftelmehrheit gebe, dann könne sich das Volk zum Lehrplan äussern. «Dieses Vorgehen hat sich im Kanton Schaffhausen heute schon für Gesetzesbeschlüsse bewährt», so Hotz.

<http://mps.shn.ch/epaper-schaff/issue.act?issueId=283055&date=12.11.2016&s=621.2940462525519>

Schaffhauser Bock, 4.11.2016

Am 27. November wird die Schaffhauser Stimmbevölkerung an die Urne gebeten

Schulstoff gibt zu reden



Was in den Schulfächern unterrichtet wird, solle in Zukunft der Kantonsrat entscheiden, fordert eine Initiative.

Bild: Dieter Schütz / pixelio.de

Die Initiative «Lehrpläne vors Volk» möchte, dass das Parlament über den Schulstoff entscheidet. Die Gegner halten das jedoch für gefährlich.

Autor: Ramona Pfund

Kürzlich sind die Abstimmungscouverts in die Schaffhauser Haushalte geflattert. Am 27. November befindet das Stimmvolk über die Atomausstiegsinitiative (der «Bock» berichtet in der kommenden Ausgabe) und über die Initiative «Lehrpläne vors Volk». Letztere ist eine kantonale Initiative, initiiert von der SVP, die vergleichbare Vorstösse auch in anderen Kantonen einreichte.

Verlagerung der Kompetenzen

Die Initiative möchte zwei Aspekte ändern. Im Zentrum steht die Handhabung neuer Lehrpläne: Momentan ist im Kanton Schaffhausen der vom Kantonsrat gewählte Erziehungsrat für die Genehmigung von Lehrplänen zuständig. Gemäss Initianten soll neu der Kantonsrat darüber befinden, und dies mit einer Referendumsspflicht, wenn sich nicht vier Fünftel des Rats dafür aussprechen. Das bedeutet in der Konsequenz, dass das Volk in diesen Fällen für künftige Lehrpläne an die Urne gebeten würde. Ein zweiter Punkt verlangt, den Lehrplan 21, der vom Erziehungsrat am 6. Mai 2015 beschlossen wurde, rückwirkend dem Kantonsrat vorzulegen. Dies soll mittels einer Übergangsbestimmung geschehen, die vorsieht, alle seit Januar 2015 erlassenen Lehrpläne vom Kantonsrat genehmigen zu lassen.

Bei Annahme der Initiative würden sich die Kompetenzen von der Exekutive (Erziehungsrat) in die Legislative (Kantonsrat) verlagern. Aus rechtsstaatlicher Sicht ist ein solcher Eingriff fragwürdig, da er im Widerspruch zum Gewaltenteilungsprinzip steht, das zum Zweck der Machtbegrenzung einzelner Organe ins Leben gerufen wurde.

Argumente der Initianten

Das Initiativkomitee, dem auch die EDU angehört, weist in seiner Argumentation auf die Prägung und Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen hin. Die Lehrpläne seien zu wichtig, als dass unter Ausschluss des Volkes darüber befunden werden könne. Das Komitee stellt zudem den Lehrplan 21 in Frage.

Räte sprechen sich dagegen aus

Gegen diese Initiative setzt sich ein breit abgestütztes Gegenkomitee mit nahe-zu allen anderen Parteien sowie unter anderem auch dem Lehrerinnen- und Lehrerverband ein. Ebenso haben sich Kantons- und Regierungsrat dagegen ausgesprochen. Es handle sich bei einer Lehrplanänderung nicht um eine Schulreform, sondern nur um die Anpassung eines Nachschlagewerks für Lehrpersonen an die Entwicklungen der letzten Jahre. Deshalb sei die bisherige bewährte Praxis gerechtfertigt, in der ein Fachgremium über Änderungen entscheidet und nicht das Volk. «Hand aufs Herz: Würden Sie es als Stimmbürgerin oder Stimmbürger schätzen, wenn Sie sich mit einer 470-seitigen Vorlage befassen müssten?», fragt Erziehungsdirektor Christian Amsler in seiner Stellungnahme.

Zudem sei es ein offenes Geheimnis, dass die Initiative den Lehrplan 21 verzögern oder gar verhindern wolle. Durch die Annahme bestünde die Möglichkeit, dass einzelne schulische Themen zum Brennpunkt politischer Diskussionen werden und der Kantonsrat entscheiden müsste, was in der Schule unterrichtet würde – das sei gefährlich.

<http://www.bockonline.ch/artikel/politik/item/415-schulstoff-gibt-zu-reden>

Bedrängte Volkshoheit über die Schule

Initiativkomitee für eine gute Schwyzer Volksschule

www.gute-volksschule-schwyz.ch – irhe@active.ch – Tel. 055 410 41 93

Seit mehr als einem Jahr arbeitet eine Kommission des Initiativkomitees an der detaillierten Überarbeitung des gesamten Volksschulgesetzes. Die einschlägigen Erfahrungen mit dem Bildungsdepartement und den

Kantonsbehörden hatten nach Einreichung der ersten Initiative gezeigt, dass die bisherigen Initiativ-Forderungen nicht umfassend genug waren, um den gesteuerten Zerfall unserer einst hervorragenden Volksschule

zu stoppen. Die laufenden Attacken müssen von der Bevölkerung durchschaut werden. Es gilt, einen Riegel zu schieben - unseren Kindern und der ganzen Gesellschaft zuliebe.

Bis zur Einreichung der Initiative zur Gesamtrevision des Volksschulgesetzes orientiert das Initiativkomitee in periodischen Communiqués über die Gründe für die Forderungen und die Systemkorrekturen, die wieder zu einer guten Volksschule führen sollen.

Weiterlesen:

<http://gute-volksschule-schwyz.ch/data/documents/1-4.11.2016-Bedraengte-Volkshoheit.pdf>

NZZ am Sonntag, 6. November 2016

Ein Dorf verliert seine Schüler, René Donzé

Gleich mehrere Familien in Thalheim an der Thur setzen auf Homeschooling. Die Zahl der Kinder, die zu Hause unterrichtet werden, ist im Kanton Zürich stark gestiegen. Im Zürcher Weinland gibt es an einem Ort eine besondere Häufung.

«Wir mussten die Notbremse ziehen».

In der Schule sei das Vermitteln von Wissen in den Hintergrund getreten. Die Förderung der Kinder fehle, die Lehrer seien bloss noch Lerncoaches. Die Kinder müssten sich vieles selber beibringen. «Mit meinen Kindern funktioniert das nicht».

«Aufgrund des individualisierten Unterrichtsstils waren unsere Kinder überfordert».

Vollständiger Artikel

http://www.bildungzuhaus.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Dateien_Medienspiegel_DE/2016_NZZ.pdf



Newsletter vom 13. 11. 2016

Wesentliche oder trendige Pädagogik?

Liebe Leserinnen und Leser

Bildungsinhalte sind von zentraler Bedeutung. Es spielt eine Rolle, ob ein Schüler im Deutschunterricht Fontanes dramatische Ballade „John Maynard“ oder witzige Verse einer Basler Schnitzelbank kennen lernt. Beide poetische Formen enthalten Weltbilder, sind bildend und spannend. Beide Gedichtformen eignen sich, um als Kompetenz das Erkennen von Reimen und ihrem Schema zu erwerben. Aber die poetischen und ideellen Werte der beiden Gedichtformen sind doch sehr verschieden.

Wirklich bildende Inhalte sind mit der unterrichtenden Lehrerpersönlichkeit verknüpft. Ein fruchtbarer Bildungsprozess findet dann statt, wenn ein Lehrer eine inhaltlich überzeugende Botschaft den Schülern spannend vermitteln kann. Dieses Vermitteln ist alles andere als Monolog, sondern **ein herausfordernder stetiger Dialog**. Junge Menschen suchen die Auseinandersetzung mit substanziellen Werten. Dabei sind sie froh um einfühlsame Lehrerinnen und Lehrer, die ihnen mit charmanter Autorität auch Widerstand leisten können.

Doch lesen Sie selber, wie zwei pädagogische Fachleute diesen Grundprozess des Lernens eindrücklich beschreiben. Carl Bossard spricht von den beiden **Erzieher-Standbeinen des Einfühlens und des Konfrontierens**. Marianne Wüthrich setzt sich mit dem sorgfältigen Aufbau und dem Prozess des vertiefenden Übens auseinander. Beide Beiträge zeigen, wie sehr wir uns in der Pädagogik wieder auf das Wesentliche besinnen sollten.

Im Hinblick auf die morgen Montag stattfindende Debatte im Zürcher Kantonsrat über die Fremdspracheninitiative haben wir einen weiteren Schwerpunkt unseres Newsletters der **aktuellen Sprachenfrage** gewidmet.

Wer sich über Kernfragen der Pädagogik informieren möchte, wird in dieser Ausgabe auf seine Rechnung kommen.

Für das Redaktionsteam «Lehrplan vors Volk»

Hanspeter Amstutz

Inhalt

- Von den Illusionen trendiger Pädagogik
 - Keine taugliche Vorbereitung auf die Berufslehre mit dem Lehrplan 21
 - Argumentarium für nur eine Fremdsprache an der Primarschule
 - Vielzünftig oder scharfzünftig?
 - Grossbaustelle Lehrplan 21
 - BL: Stellungnahme zur Pressekonferenz von RR Monica Gschwind vom 9. 11. 2016
-

[Zum Newsletter](#)

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster; www.lehrplan-vors-volk.ch; info@lehrplan-vors-volk.ch

Baselbieter Bildungsdirektorin will Lehrplan 21 später einführen

Monica Gschwind will mit dem Lehrplan 21 auf der Sekundarstufe erst im Schuljahr 2020/2021 starten. Zwei Jahre später als ursprünglich geplant. Vor der Einführung soll das Stimmvolk aber noch über die hängigen Initiativen zum Lehrplan abstimmen.



Bildlegende: Monica Gschwind möchte - mit Hilfe eines Beratergremiums - mehrheitsfähige Lösungen erarbeiten. Keystone

Fünf Initiativen sind im Kanton Baselland hängig im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21. «Diese Arbeit wollen wir erst machen», sagte Gschwind am Mittwoch vor den Medien. «Um dann einen mehrheitsfähigen Lehrplan vorzustellen».

Als erster Schritt werde nun das Bildungsgesetz angepasst, für jede Stufe sollen Lerninhalte klar definiert sein, so hat es der Baselbieter Landrat beschlossen.

[Audio «Lehrplan 21 verzögert sich \(9.11.2016\)» abspielen.](#)

Lehrplan 21 verzögert sich 3:30 min

Roger von Wartburg, Präsident des Lehrerinnen und Lehrervereins im Kanton Baselland begrüsst das Vorgehen Gschwinds grundsätzlich. «Ich kann nachvollziehen, dass man die Arbeit am Lehrplan sorgfältig vornehmen will.»

Als die Bildungsdirektorin Monica Gschwind im Sommer 2015 ihr Amt antrat, verordnete sie der Bildungspolitik im Kanton einen Marschhalt. Sie wollte überprüfen, welche Reformen für die Sekundarstufe 1 mehrheitsfähig sind. Dafür rief sie ein Beratergremium ins Leben.

Ende des Marschhalts

Nun verkündet Gschwind das Ende des Marschhaltes. Am informellen Austausch mit verschiedenen Anspruchsgruppen will sie jedoch festhalten. Sie setzt dafür die «Plattform Bildung» ein, die sich jeden Monat für zwei Stunden treffen soll. Das Ziel sei es auch weitere Bildungsinitiativen zu verhindern.

Anders als beim Marschhalt soll es in den Gesprächen dieser Plattform nicht nur um eine, sondern um sämtliche Schulstufen gehen, also auch um die Primarschule. Bei dieser ist der neue Lehrplan bereits eingeführt.

Gschwind will den Bildungsrat abschaffen

Entscheidungskompetenzen habe das vom Gesetz her nicht vorgesehene Gremium aber keine. Es sei deshalb auch keine Konkurrenz zum Bildungsrat, sagte Gschwind. Diesen möchte sie indes abschaffen. Sie will ihn durch eine regierungsrätliche Kommission mit beratender Funktion zu ersetzen.

sda; Regionaljournal Basel, 17:30 Uhr

<http://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/baselbieter-bildungsdirektorin-will-lehrplan-21-spaeter-einfuehren>

NZZ, 8.11.2016

Sponsoring an der Schule

Firmen und Verbände drängen in die Schulzimmer

von Erich Aschwanden, Daniel Gerny

Ob Swisscom, Microsoft oder die FDP – alle wollen ihre Produkte und Ideen in den Schulen vermarkten. Entstanden ist ein Millionenmarkt. Jetzt reagiert der Lehrerverband.



Kinder beim Surfen: PC, Tablets und Internetanschlüsse werden häufig gesponsert. (Bild: Imago/Symbolfoto)

So macht Lernen Spass: Im Fach Ernährung «kennen und berechnen die Schüler der Mittelstufe die Mengen an Kartoffeln, die es zur Chips-Herstellung braucht, und die Preise von Rohstoff und Fertigprodukt». Entwickelt wurde das Lehrmittel in Zusammenarbeit mit der Zweifel Pomy-Chips AG. Im Fach Hauswirtschaft erfahren sie, «wie sich die verschiedenen Hilfsgeräte der Küche im Laufe der Zeit entwickelt und verbessert haben» – gesponsert vom Küchengerätehersteller V Zug.

Würstchen-Memory vom Fleisch-Fachverband

Auch die Kindergärtler müssen sich nicht langweilen. Sie trainieren mit dem «Würstchen-Memory» ihre Feinmotorik, mit Unterstützung des Schweizer Fleisch-Fachverbandes. Ebenfalls mit von der Partie ist die Firma Victorinox: «Die Schüler lernen in diesen Unterrichtseinheiten auch Funktionen und den richtigen Umgang mit einem Sackmesser kennen», heisst es zu Modul «Schnitzen Sek I und Mittelstufe».

[Sponsorings an öffentlichen Schulen](#)

[Kein Kommerz im Klassenzimmer](#)

[Kommentar von Marc Tribelhorn 8.11.2016, 21:16](#)

Diese Beispiele sind nicht fiktiv, sondern einige der über 180 Unterrichtseinheiten, die Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen [von der Seite www.kiknet.ch](http://www.kiknet.ch) herunterladen können. Die Eigenwerbung «Wo Wirtschaft und Schule sich treffen» ist nicht übertrieben. Doch es sind keineswegs nur Privatfirmen, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen in die Klassenzimmer drängen. Das Aussendepartement ist zum Thema Menschenrecht dabei, während das Staatssekretariat für Migration einen Postenlauf beisteuert. [Auch die FDP bietet via dieses Portal Unterrichtsmaterial an.](#)

35 000 Downloads pro Monat

Die Nachfrage nach den fixfertigen Schullektionen ist riesig: Jeden Monat verzeichnet kiknet.ch, der grösste Schweizer Anbieter, rund 35'000 Downloads von Unterrichtsmaterialien. Das 2002 gegründete Unternehmen beschäftigt inzwischen sechs festangestellte Mitarbeiter und 30 bis 40 Freelancer, die auf Basis der von den 170 Partnern angelieferten Unterlagen stufengerechte und pfannenfertige Lektionen produzieren. Der Markt entwickelt sich rasant. Die Zahl der Downloads habe sich in den letzten acht Jahren rund verdoppelt, erklärt Geschäftsführer Meinrad Vieli.

[Beim Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz](#) befasst sich Jürg Brühlmann eingehend mit dem Thema Sponsoring. «Ich schätze die Grösse dieses Marktes für den ganzen Bildungsbereich auf mehrere 100 Millionen Franken», sagt der Leiter der Pädagogischen Fachstelle. Eingerechnet sind neben Sachleistungen auch Lohnkosten von Mitarbeitern der NGO und Firmen wie ABB oder Kantonalbanken, die für Schulprojekte abgestellt werden. In finanzieller Hinsicht wichtige Player sind Förderstiftungen wie die Jacobs Foundation oder Mercator.

Lehrplan 21 vergrössert Markt

Brühlmann spricht von einem [«schleichenden Prozess»](#), der in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommen werde und für den es verschiedene Ursachen gebe. Da ist zum einen die Digitalisierung und dies gleich in doppelter Hinsicht: So ist die Anschaffung von technischen Geräten für die Schulen kostspielig. Bekannt ist, dass Hersteller wie Apple oder Samsung [Schulen mit Computern oder Tablets](#) versorgen.

Gleichzeitig erleichtern Internet und neue Medien nicht nur die Herstellung von Unterrichtsmitteln, sondern auch den niederschweligen Bezug durch die Lehrpersonen.

Alternative Finanzierungsmodelle

Baue Schulhaus – suche Investor

von Erich Aschwanden 3.11.2016, 09:00

Auch bildungspolitische Entwicklungen beeinflussen das Angebot. Der früher durch kantonale Monopole geschützte Markt ist aufgebrochen. Lehrmittel können [dank dem Lehrplan 21 in der gesamten Deutschschweiz angeboten werden](#). Umgekehrt schränke der Lehrplan 21 die Gestaltungsfreiheit beim Herstellen von Unterrichtsmaterial aber auch ein, betont Meinrad Vieli. Er rechnet vor diesem Hintergrund nicht damit, dass die Zahl der Sponsoren in nächster Zeit stark ansteigt.

Weshalb aber weichen Schulen und Lehrpersonen immer häufiger auf gesponsertes Material aus? Brühlmann und Vieli sehen übereinstimmend einen direkten Zusammenhang zum Abbau im Bildungsbereich in den letzten fünf bis acht Jahren. «Wenn die staatlichen Budgets immer knapper werden, suchen die Schulen ganz automatisch nach anderen Finanzierungsquellen», erklärt Brühlmann. Und Vieli stellt im Gespräch mit Lehrpersonen fest, dass immer weniger Mittel für Lehrmaterial zur Verfügung stehe.

Der gute, alte Pausenapfel

Doch das Engagement von Privatwirtschaft und Institutionen ist eine stete Gratwanderung: Niemand will, dass seine Kinder im Klassenzimmer mit Werbung berieselt oder ideologisch bearbeitet werden. Anbieter wie kiknet.ch sind deshalb vorsichtiger geworden, beispielsweise bei Produkteabbildungen. Die Sponsoren werden nur für die Lehrerschaft transparent gemacht, während Schülerinnen und Schüler weder Firmennamen noch Logos zu Gesicht bekommen. Aktiv sind auch die Kantone, [die wie etwa Basel-Stadt mit Richtlinien Grenzen für Sponsoring festlegen](#).

Manche Botschaften werden indessen subtiler vermittelt, so dass versteckte Werbung für die Kinder kaum erkennbar ist. Klare und transparente Verhältnisse strebt deshalb auch der [Lehrerverband](#) an. In einer am Dienstag präsentierten Charta (siehe Zusatztext) verpflichten sich Firmen wie Microsoft, Swisscom, Samsung oder die Post beispielsweise darauf, auf Product Placement im Schulzimmer oder die Abgabe von Vergünstigungsbons zu verzichten. Nicht verzichten müssen Schülerinnen und Schüler auf den wohl ältesten Sponsoring-Artikel: den Pausenapfel.

Gemeinsame Verantwortung für öffentliche Schule

ase. Der Lehrerverband hat einen Leitfaden sowie die «Charta zu Sponsoring, Förderung und Finanzierung von öffentlicher Bildung durch private Anbieter» entwickelt. Zu den Erstunterzeichnern der Charta gehören Unternehmen wie Microsoft, Samsung, Swisscom und die Post, aber auch Verbände, Stiftungen und Bildungsverwaltungen. Die Vorgaben sollen Anbietern und Nutzern von Sponsoring-Angeboten im Bildungsbereich mehr Sicherheit geben. Als oberstes Prinzip wird festgelegt, dass der in der Verfassung definierte Bildungsauftrag der öffentlichen Schule die grundlegende Voraussetzung aller Kooperationen im Bildungsbereich ist. Die in der Bundesverfassung und Gesetzen festgelegten Persönlichkeitsrechte der Schülerinnen und Schüler, der Erziehungsberechtigten sowie des Schulpersonals und die für die Schule geltenden Datenschutzbestimmungen von Kantonen und Gemeinden werden von den öffentlichen Bildungseinrichtungen eingefordert. Lern- und Unterrichtsmaterialien werden von Schulen und Anbietern auf die üblichen pädagogischen und inhaltlichen Qualitätsstandards geprüft. Kooperationen, Sponsoring- und Förderprojekte sollen mittels einer schriftlichen Vereinbarung zwischen den öffentlichen Einrichtungen und ihren Partnern geregelt und Kooperationen transparent gemacht werden.

<http://www.nzz.ch/schweiz/sponsoring-an-der-schule-wie-firmen-und-verbaende-in-die-schulzimmer-draengen-ld.127175>